

Erschiessung von Moskauer Geiseln angedroht

Rebellen machen Druck auf Regierung – Geplante Freilassung von Ausländern zunächst gescheitert

MOSKAU: Mit der Drohung der Moskauer Geiseln, ihre Gefangenen vom Morgengrauen an zu erschiessen, hat sich das Drama in der russischen Hauptstadt weiter zugespitzt. Nach Angaben einer Sprecherin des Musical-Theaters, in dem die 600 bis 800 Geiseln festgehalten werden, kündigten die tschetschenischen Rebellen an, am Samstagmorgen die ersten Gefangenen zu töten, falls ihre Forderung nach einem Abzug der russischen Truppen aus dem Kaukasus nicht erfüllt würden. Der Leiter des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB, Nikolai Patruschew, sicherte den Kidnapern daraufhin ihre persönliche Unversehrtheit zu, falls sie ihre Geiseln freilassen. Eine Reaktion darauf lag zunächst nicht vor. Die Rebellen hatten aber zuvor erklärt, sie seien bereit, für ihre Sache zu sterben.

Als Vermittler stellten sich die mit ihrer Kritik am Tschetschenien-Krieg bekannt gewordene Journalistin Anna Politkowskaja, mehrere Politiker und Vertreter des Roten Kreuzes zur Verfügung. Politkowskaja gelang es, die Geiseln zu überzeugen, Wasser- und Nahrungsmittellieferungen für die Gefangenen zuzulassen. Der ebenfalls an den Vermittlungsversuchen beteiligte frühere Präsident von Inguschetien, Ruslan Auschew, erklärte jedoch, die Geiseln seien offenbar zu



Der Anführer der 50 Geiseln, Mowsar Barajew, liess mehrfach Fristen zur Freilassung der Ausländer verstreichen.

extremen Schritten bereit und wollten nur mit einem Gesandten von Präsident Wladimir Putin verhandeln.

Am Freitag liessen die Geiseln in drei Gruppen 19 Menschen frei, darunter acht Kinder. Unter ihnen war auch eine Zehnjährige aus der Schweiz. Die angekündigte Freilassung

aller 75 gefangenen Ausländer kam jedoch nicht zu Stande. In dem am Mittwochabend gestürzten Gebäude befinden sich nach Informationen des Auswärtigen Amtes vermutlich zwei Deutsche.

Unter den Geiseln sind weiter Briten, Amerikaner, Niederländer, Österreicher

und Australier.

Über die Situation in dem Theater gab es widersprüchliche Angaben. Eine der Geiseln sagte dem Radiosender Echo Moskau: «Wir sind sicher und gesund, es ist warm und wir haben Wasser.» Eine andere Geisel sagte jedoch, den Gefangenen fehle es an Wasser,

und sie müssten den Orchestergraben als Toilette benutzen. Ein Gefangener berichtete nach Angaben der Theater-Sprecherin von einer Bombe in der Mitte des Gebäudes. Ausserdem seien alle Gänge und Ausgänge vermint.

Die Bundesregierung unterstützte die Moskauer Behörden mit Spezialisten, die im Krisenstab vor Ort mitarbeiteten, wie das Auswärtige Amt mitteilte. Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte laut Bundespresseamt in einem Telefongespräch mit Putin, alles, was an konkreter Hilfe erbeten und notwendig sei, werde geleistet. Auch weitere europäische Länder und die USA boten ihre Unterstützung an. In einer Erklärung zeigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs entsetzt über die Geschehnisse in Moskau. Auch der NATO-Russland-Rat verurteilte die Geiselnahme scharf.

Grossdemonstration in Tschetschenien

In Tschetschenien kam es nach Berichten russischer Nachrichtenagenturen zu Grossdemonstrationen gegen die Geiselnahme in Moskau. Ein Sprecher des tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow sagte dem DW-Radio/Russisch: «Präsident Maschadow hat mit den Geschehnissen in Moskau nichts zu tun.» Der stellvertretende russische Innenminister Wladimir Wasilijew bekräftigte jedoch am Freitag die Ansicht der Moskauer Behörden, Maschadow sei für den Angriff verantwortlich.

EU-Chefs einigen sich auf Finanzierung

Endphase der EU-Erweiterungsverhandlungen kann beginnen

BRÜSSEL: Die letzte Hürde für den Abschluss der Verhandlungen zur EU-Erweiterung bis Jahresende ist ausgeräumt: Die EU-Staats- und Regierungschefs einigten sich am Freitagabend in Brüssel auf die Finanzierung der Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern. Dabei zeigten sie sich entschlossen, die Kosten nicht ausserhalb zu lassen. Besonders die Agrarausgaben, die fast die Hälfte des Haushalts ausmachen, sollen ab 2007 eingefroren werden.

Die Verhandlungen über die Erweiterung können nun pünktlich bis zum EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember abgeschlossen werden, wie der dänische Ministerpräsident und amtierende

EU-Ratsvorsitzende Anders Fogh Rasmussen verkündete. Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte, dies sei «ein grosser Tag für Europa, und damit auch ein guter Tag für Deutschland». Nun gelte auch für Europa: «Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.»

EU-Kommissionspräsident Romano Prodi lobte das Engagement von Schröder und dem französischen Präsidenten Jacques Chirac mit den Worten: «Der deutsch-französische Motor hat besonders gut funktioniert.» Beide hatten sich vor Beginn des Gipfels am Donnerstag auf einen Kompromiss verständigt, der Grundlage für die Einigung der 15 am Freitagabend war.

Der Agrarhaushalt soll auf der Basis

von 2006 eingefroren werden. Eine Erhöhung ist laut Rasmussen lediglich im Umfang von einem Prozent Inflationsausgleich im Jahr vorgesehen. Die Berechnungsgrundlage dafür beträgt 45 Milliarden Euro. Frankreich und Deutschland hatten sich zunächst auf einen Inflationsausgleich von 1,5 Prozent verständigt.

Wenn die Inflationsrate tatsächlich ein Prozent übersteige, bedeute dies zugleich eine Senkung der Agrarausgaben, sagte Rasmussen. Schröder betonte, mit dem erzielten Ergebnis würden die Ausgaben für die EU-Agrarpolitik von 2007 an sinken. In welcher Höhe die Altmitglieder auf Zahlungen verzichten müssen, war noch unklar.

Teil der Einigung ist auch die Zah-

lung von Direktbeihilfen an die Bauern in den Beitrittsländern ab 2004: Im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft sollen die Neumitglieder 25 Prozent der Direktbeihilfen der Altmitglieder erhalten. Schrittweise soll der Anteil bis 2013 angeglichen werden.

Die Strukturhilfen für die Beitrittsländer sollen von 2004 bis 2006 auf 23 Milliarden Euro begrenzt werden. Ausserdem soll sichergestellt werden, dass keines der Beitrittsländer zu Beginn in eine Nettozahlerposition gerät. Rasmussen betonte, dass noch Verhandlungsspielraum bestehe.

Für die Türkei – der einzige von 13 Beitrittskandidaten, mit dem die EU noch nicht konkret verhandelt – «ist die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen ... näher gerückt», wie es in den Schlussfolgerungen hiess. Der EU-Gipfel Mitte Dezember in Kopenhagen werde «über die nächste Phase der Bewerbung der Türkei» entscheiden. Die türkische Regierung dringt darauf, von der EU ein Datum genannt zu bekommen, zu dem die Verhandlungen beginnen. Dass dies in Kopenhagen geschieht, gilt als unwahrscheinlich.

Den Nächstzählern Bulgarien und Rumänien stellte der Gipfel eine Mitgliedschaft 2007 in Aussicht. Für eine Mitgliedschaft 2004 erfüllen sie nicht die Voraussetzungen.



Zufriedenheit bei Deutschlands Bundeskanzler Schröder und Frankreichs Präsident Chirac über die EU-Einigung.

USA bedenklich schlecht vorbereitet

NEW YORK: Die USA sind einer Studie zufolge bedenklich schlecht auf mögliche neue Terroranschläge vorbereitet. Das ist das Ergebnis einer vom Rat für Auswärtige Beziehungen (CFR) in Auftrag gegebenen Untersuchung, die am Freitag in New York veröffentlicht wurde. Wenn das Land nicht «dringend» handle, um die vorhandenen Mängel zu beheben, könnte ein nächstes Attentat «den Verlust tausender amerikanischer Leben» bedeuten, warnen die Experten. Auch die Schäden für die Wirtschaft könnten wesentlich grösser sein als bei den Attentaten vom 11. September. Die Notwendigkeit, die Sicherheitsvorkehrungen zu verstärken, sei angesichts eines möglichen Kriegs gegen Irak und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen durch Bagdad umso dringender, hiess es in der Studie weiter. Bemängelt wurde unter anderem, dass die 650 000 Ortpolizisten ihrer Arbeit nachgingen, ohne Rückgriff auf geheimdienstliche Erkenntnisse zu haben.

Auch werde lediglich ein «minimaler» Prozentsatz der täglich in den USA eintreffenden Container, Schiffe und Züge inspiziert, in denen Massenvernichtungswaffen versteckt sein könnten. Zudem seien die Sicherheitskräfte nicht auf Angriffe mit biologischen oder chemischen Waffen vorbereitet. So fehle es ihnen an Kommunikationsmitteln untereinander sowie Ausrüstung und Übung.

Afghanistan grösster Opium-Produzent

ROM: Afghanistan ist auch nach dem Sturz des Taliban-Regimes der weltweit grösste Opium-Produzent. Zu diesem Schluss kommt eine am Freitag in Rom vorgestellte Studie des UNO-Büros zur Bekämpfung von Drogenhandel und Kriminalität. Demnach wird die afghanische Opium-Produktion in diesem Jahr auf 3400 Tonnen geschätzt. Die Herstellung des Rauschmittels sei weiterhin bedeutend, sagte der Direktor der UNO-Behörde, der Italiener Antonio Marla Costa.

Jiang Zemin zu Gast auf der Bush-Ranch

CRAWFORD: Zu Gesprächen über das nordkoreanische Atomwaffenprogramm und den Ausbau der Beziehungen zwischen Washington und Peking ist der chinesische Staatschef Jiang Zemin mit US-Präsident George W. Bush zusammengetroffen. Bush empfing Jiang am Freitag auf seiner Ranch in Texas. US-Präsidentensprecher Ari Fleischer sagte, die Situation in Nordkorea sei wohl eines der wichtigsten Themen des Gipfels. Auch China habe kein Interesse, dass es dort Atomwaffen gebe.